

Nr. 13084 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6345/13

1994 -03- 30

ANFRAGE

des Abgeordneten Srb, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend die verstärkte Einstellung von behinderten Menschen in den Bundesdienst

Am 19. März 1991 wurde im Parlament ein Entschließungsantrag (E/A Nr. 8) eingebracht, der folgenden Wortlaut hat: "Die Bundesregierung wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß der Bund als Dienstgeber in vollem Umfang seiner Verpflichtung nachkommt, Behinderte zu beschäftigen."

Dessenungeachtet ist der Bereich des Bundes in der Befolgung der Bestimmungen des hierfür zuständigen Behinderteneinstellungsgesetzes nach wie vor mehr als säumig. Konkret bedeutet dies, daß die gesetzlichen Bestimmungen vom Bund nach wie vor nicht befolgt und behinderte Menschen nicht eingestellt werden. Dies ist eine der Ursachen für die extrem hohe Arbeitslosenrate unter behinderten Menschen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Welche konkreten Maßnahmen wurden von Ihrem Ministerium gesetzt, um die Umsetzung dieser Entschließung zu realisieren?
2. In welchem Umfang sind die einzelnen Ministerien diesem Auftrag des Gesetzgebers nachgekommen (bitte um Darstellung der Entwicklung seit dem Inkrafttreten der Entschließung gegliedert nach den einzelnen Bundesdienststellen)?
3. Welche Schritte werden Sie setzen, um die säumigen Bundesdienststellen zur Einhaltung dieser Entschließung zu bewegen?

4. **Wieviele behinderte Menschen sind derzeit von Arbeitslosigkeit betroffen?**
5. **Wie hoch ist der Prozentsatz an arbeitslosen behinderten Menschen?**